

**Rede
des polizeipolitischen Sprechers**

Karsten Becker, MdL

zu TOP Nr. 20c

Aktuelle Stunde

**Schwarz-Rote „Liebesbriefe“: Wie viele Jahre muss
das Land noch auf ein neues Polizeigesetz warten?**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/676

während der Plenarsitzung vom 19.04.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Lieber Herr Dr. Birkner, der Antrag, den Sie zu dieser Aktuellen Stunde eingebracht haben - ein Antrag, der eigentlich nur aus seiner Überschrift besteht -, gefällt mir deutlich besser als das, was Sie gerade dazu ausgeführt haben.

Ich habe den Eindruck, dass Ihnen angesichts der außergewöhnlich guten Kriminalitätsbelastungszahlen in Niedersachsen so langsam die sachlichen Kritikpunkte ausgehen. Das, was Sie hier vorgetragen haben, war jedenfalls keine ernstzunehmende Ergebniskritik, sondern waren lediglich ein paar kritische Anmerkungen zu Verfahrensabläufen. Ich finde, wenn so von der Opposition vorgebracht wird, dann ist das eigentlich ein großartiges Kompliment für die Arbeit dieser Landesregierung und für die Arbeit dieses Innenministers.

Aber ich will auch etwas Lobendes formulieren. Ihr Antrag zur Aktuellen Stunde war wirklich klasse. „Schwarz-Rote ‚Liebesbriefe‘“ - was für eine wunderbare Beschreibung! Wikipedia bezeichnet Liebesbriefe als Schriftstücke, die Liebe oder Zuneigung ausdrücken sollen. Noch treffender, meine Damen und Herren von der FDP, hätte man das Verhältnis der Koalitionäre überhaupt nicht beschreiben können.

Liebesbrief als Synonym für das empathische Werben der Koalitionäre um die Erwidderung der jeweils entgegengebrachten Wertschätzung und Zuneigung. - Also, das ist wirklich eine hervorragende Überschrift! Denn genau in diesem Sinne, meine Damen und Herren von der FDP, stimmen wir uns in der Koalition auch über die Frage des Gefahrenabwehrgesetzes ab.

Meine Damen und Herren, die innere Sicherheit steht natürlich im Mittelpunkt der Politik der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen. Sie können sich darauf verlassen: Wir werden unsere Sicherheitsbehörden insbesondere vor dem Hintergrund der neuen terroristischen Bedrohung in die Lage versetzen, Personen, bei denen die konkrete Wahrscheinlichkeit besteht, dass sie eine terroristische Straftat begehen, effektiv zu überwachen und an ihren Aktivitäten zu hindern, und insbesondere im Gefahrenabwehrrecht mit Aufenthaltsbeschränkungen,

Kontaktverboten, Meldeauflagen oder durch die sogenannte elektronische Fußfessel.

Dass der Kollege Schönemann vielleicht noch etwas begeisterter als ich über die Möglichkeiten zur Erweiterung der Gewahrsamsdauer ist, mag sein, aber wir werden die Option zur stufenweisen Verlängerung der Gewahrsamsdauer insgesamt in drei Stufen auf bis zu 72 Stunden mit insgesamt drei Richtervorbehalten belegen. Sie dürfen mit Sicherheit davon ausgehen, Herr Dr. Birkner, dass eine solche Maßnahme nur als Ultima Ratio zur Anwendung kommt; und eben nur dann - das ist uns wesentlich -, wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt, um schwerste terroristische Bedrohungen gegen Leib oder Leben abzuwehren. Dann müssten Sie auch, wenn Sie bei dieser letzten Möglichkeit sagen: „Das wollen wir nicht“, die Alternative beschreiben, die sich daraus ergibt.

Was die Einführung neuer Möglichkeiten der technischen Videoüberwachung angeht, werden wir uns sehr genau ansehen, was die Technik genau leisten kann und was nicht. Eine bloße Einführung aus Technikbegeisterung oder aufgrund der bloßen Ahnung, dass das etwas Positives bewirken könne, kann es jedenfalls nicht geben.

Meine Damen und Herren,

der Koalitionsvertrag bildet den Rahmen für die Novellierung des Gefahrenabwehrgesetzes. Wenn es neue Ideen gibt, die über das Vereinbarte hinausgehen, dann müssen diese diskutiert werden. Dabei stehen die qualitativen Aspekte vorne an, und die Zeit, die man für die Klärung dieser Fragen benötigt, werden wir uns dann auch nehmen. Denn, meine Damen und Herren, Bürgerrechte und Sicherheit sind für uns kein Widerspruch.

Also, meine Damen und Herren von der FDP, Ihre Sorgen sind unbegründet. Die Sicherheit in Niedersachsen ist bei der rot-schwarzen Koalition in besten Händen.

Vielen Dank.